

Bezirk Oberpfalz weihet Gedenkstätte für T4-Mordopfer

An die Tötung von 642 Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus-Prüll in den Jahren 1940 und 1941 erinnerten die medbo und der Bezirk Oberpfalz mit einer Kranzniederlegung. Zugleich wurde die neue Gedenkstätte, die an das dunkelste Kapitel in der Geschichte der Psychiatrie in der Oberpfalz erinnert, gesegnet.

Von 1940 bis 1941 wurden in vier Transporten insgesamt 642 Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Karthaus-Prüll in die Tötungsanstalt Hartheim bei Linz deportiert und dort grausam ermordet. In seiner Gedenkansprache erinnerte Bezirkstagspräsident Franz Löffler an die Geschichte der T4-Krankenmordaktion in der NS-Zeit. „Der Gnadentod hatte nichts mit Gnade gemein, sondern beinhaltete die Vernichtung von psychisch kranken und behinderten Menschen“, so Löffler. Er schilderte, dass nach dem Stopp der T4-Aktion, die nach der Adresse der Organisation (die Tiergartenstraße 4 in Berlin) benannt wurde, der Bayerische Hungerkosterlass in Kraft trat und auf Grund der Mangelernährung weitere 950 Patienten starben.

„Wir wollen mit der neuen Gedenkstätte den Opfern ihr Gesicht wiedergeben. Wir wollen sie nicht vergessen und wir erinnern an die furchtbare Grausamkeit, die sie erleiden mussten“, mahnte Löffler. Die Gedenkstätte zeigt im Zentrum die restaurierte Gedenktafel und um sie herum 268 Porträts von ehemaligen Patienten. Die Gedenkstätte wurde von Kunsthistoriker Bruno Feldmann gemeinsam mit der Architektin Karoline von Montgelas konzipiert und umgesetzt. > LISSY HÖLLER



Bibermanagement in Oberfranken

Putzig ist er, der Biber – macht aber auch Probleme, beispielsweise als Fischräuber. Und Bäume fällt er obendrein zuhauf. Zu einem Informationsaustausch in Sachen Bibermanagement trafen sich deshalb jetzt die Spitzen des Bund Naturschutzes Bayern, der Teichgenossenschaft Oberfranken und des Bezirks Oberfranken mit der Fachberatung für Fischerei in den Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Bayreuth. Einig ist man sich unter anderem darin, dass Maßnahmen zur Prävention von Biber Schäden in die Teichbau-richtlinien der EU aufgenommen werden sollen. Außerdem müsse der Biber-Ausgleichsfonds – daraus werden von diesem verursachte Schäden bezahlt – aufgestockt werden.

TEXT PORSCH, FOTO DPA

Krisendienst Psychiatrie im Großraum München ausgeweitet

Passgenaue Hilfe nah am Wohnort

Unter der Telefonnummer 0180 / 655 3000 – täglich von 9 bis 24 Uhr – gibt es jetzt schnelle Hilfe für Menschen in seelischer Not. Seit dem 1. Dezember 2016 hat der Krisendienst Psychiatrie sechs weitere Landkreise der Region München in sein Netzwerk aufgenommen. Stadt und Landkreis München sind bereits seit Juni des Jahres am Netz; zusammen mit den Landkreisen Erding, Ebersberg, Dachau, Freising, Starnberg und Fürstenfeldbruck gibt es damit für rund 2,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger qualifizierte, wohnortnahe psychiatrische Soforthilfe.

Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer nennt den Krisendienst Psychiatrie für Oberbayern einen „Meilenstein“ auf dem Weg zu möglichst flächendeckenden wohnortnahen Hilfeangeboten für Menschen in seelischer Not. Für den Bezirkstag sei es ein „wichtiges Anliegen, dass die Lebensverhältnisse in Stadt und Land gleichwertig sind“. Schließlich hätten nicht nur Menschen in der Stadt seelische Krisen, sondern auch die Bewohner ländlicher Gebiete. „Künftig können Menschen aus allen Regionen Oberbayerns



Der Bezirk finanziert dieses Angebot für seelisch Kranke allein, die Kassen möchten sich nicht daran beteiligen. FOTO DPA

einen Hilferuf an einer ausgewiesenen Fachstelle absetzen.“

Die Mitarbeiter am Krisentelefon der Leitstelle hören zu, beraten und lotsen die ratsuchenden Menschen – nach Bedarf – zum am besten geeigneten Hilfeangebot. Ex-

perten der Krisenhilfe hoffen, damit auch Polizeieinsätze, die in akuten Krisenlagen immer wieder vorkommen, zu reduzieren. Auch soll sich durch die Vermittlung in passgenaue Beratungs-, Therapie- und Behandlungsangebote die

Zahl der stationären Krankenhausaufenthalte vermindern. Bezirkstagspräsident Mederer sagt: „Nicht nur in der somatischen Medizin, auch in der Psychiatrie gilt: ambulant vor stationär.“

Der Bezirk Oberbayern finanziert den Krisendienst mit rund 7,4 Millionen Euro pro Jahr. Die Krankenkassen beteiligen sich nicht an den Kosten. Partner für Aufbau und laufenden Betrieb sind die Kliniken des Bezirks Oberbayern (kbo) sowie Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege. So entstehen in den Sozialpsychiatrischen Diensten 88 neue Stellen; des Weiteren werden für die Abend-, Wochenend- und Feiertags-Bereitschaften in allen Landkreisen mobile Einsatzteams aufgebaut. Sie unterstützen die betroffenen Menschen bei Bedarf am Ort der Krise.

Der Aufbau des Krisendienstes Psychiatrie erfolgt Zug um Zug. Im Frühjahr 2017 gehen die Landkreise im Südosten und Südwesten Oberbayerns ans Netz; im Herbst 2017 folgt die Region Ingolstadt. Ausgelegt ist der Betrieb auf rund 20 000 Anrufe pro Jahr aus ganz Oberbayern.

> CONSTANZE MAUERMAYER

Bezirk Schwaben erweitert soziale Betreuungsplätze

Kürzlich setzte der schwäbische Bezirkstag wichtige sozialpolitische Akzente für die Region. So stimmte das Gremium sechs neuen Wohnplätzen für junge Menschen mit geistiger Behinderung in Sonthofen zu. Diese werden von der Lebenshilfe für den südlichen Landkreis Oberallgäu für junge Menschen mit einer geistigen Behinderung eingerichtet, die langfristig eventuell ins ambulant betreute Wohnen überführt werden können.

Beim Fritz-Felsenstein-Haus (FFH) Königsbrunn im Landkreis Augsburg bewilligte der Bezirkstag die Umwandlung von acht Internatsplätzen für Kinder in vollstationäre Plätze für erwachsene Menschen mit Behinderung. Während die Zahl der Internatsbewohner im Kindes- beziehungsweise Jugendalter zurückgeht, finden dagegen junge Erwachsene, insbesondere schwerstbehinderte Menschen, die die Förderstätte des FFH besuchen, nur schwer geeigneten Wohnraum. Das bestehende Angebot könne durch die Umwandlung adäquat genutzt werden, so der Träger.

Auch der Ausbau der psychosozialen Beratungsstellen für Suchtkranke soll nach dem Willen des Bezirkstages weiter vorangehen. Wie Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert erläuterte, seien in den vergangenen Jahren neue Anforderungen auf die Einrichtungen zugekommen. So nimmt vor allem der Missbrauch psychoaktiver Substanzen, die leicht und kostengünstig zu beziehen sind, jedoch schwerste Schädigungen nach sich ziehen, zu, aber auch die Zahl älterer suchtkrank Menschen, Internatabhängigkeiten sowie Essstörungen bei Personen in der Lebensmitte. Um den steigenden Beratungsbedarf zu decken, sollen von 2017 bis 2019 die Einrichtungen, die von den Trägern der Wohlfahrtspflege betrieben werden, um insgesamt sechs Vollzeitstellen für Sozialpädagogen schwabenweit aufgestockt werden, der Bezirkstag stimmte dieser Erweiterung zu. > BIRGIT BÖLLINGER

Kulturreferat des Bezirks Niederbayern hatte den Antrag stellvertretend für eine breite Trägerschaft gestellt

„Zwiefacher“ ist jetzt Kulturerbe

Der „Zwiefache“ zählt nun ganz offiziell zum immateriellen Kulturerbe Bayerns. Mitte November wurde er im Rahmen eines Festakts in die bayerische Landesliste immaterieller Kulturgüter aufgenommen. Das Kulturreferat des Bezirks Niederbayern hatte den Antrag stellvertretend für eine breite Trägerschaft gestellt: Eine unter zahlreichen Musikanten aus ganz Bayern durchgeführte Umfrage hatte im Vorfeld aufgezeigt, dass die Musikgattung im aktuellen Repertoire von Instrumentalmusik- und Gesangsgruppen fest verankert ist und auch auf Volkstanzveranstaltungen und Musikseminaren regelmäßig praktiziert wird.

Beim „Zwiefachen“ handelt es sich um eine überlieferte, typisch bayerisch-böhmische Musikgat-

tung, die sowohl musiziert, getanzt als auch gesungen wird. Seine Besonderheit besteht im unregelmäßigen Wechsel zwischen Dreivierteltakt (Walzer) und Zweivierteltakt (Dreher).

Zu den bekanntesten Beispielen gehören etwa „Unser oide Kath“ oder „Leit, Leit, Leit miass's lustig sei“. Der früheste Quellennachweis im bayerischen Raum wird auf um 1740 datiert, der älteste Begriffsbeleg stammt von 1780. In zahlreichen erhaltenen Musikhandschriften verdichten sich die Belege seit dem frühen 20. Jahrhundert. Seit den 1930er Jahren wird der Zwiefache auch durch die einsetzende Volksmusikbewegung gepflegt und lässt sich seither im Repertoire zahlreicher Musikgruppen nachweisen. > BSZ



Der „Zwiefache“ wird getanzt oder gesungen.

FOTO BSZ

Bezirk Unterfranken erwartet schwierige Finanzlage in 2017

Auf eine „schwierige Finanzlage“ stellt sich der Bezirkstag von Unterfranken im kommenden Haushaltsjahr ein. Bei den Beratungen im Bezirksausschuss wies Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel auf erhebliche Steigerungen in verschiedenen Einzelplänen, auf etliche Leistungs-Verbesserungen sowie auf zusätzliche Kosten durch die Umsetzung der Inklusion hin. Zudem stünden in den kommenden Jahren Baumaßnahmen an, die entsprechende Investitionen erforderlich machten.

Bei zwei Gegenstimmen beschloss der Bezirksausschuss, dem Bezirkstag von Unterfranken den von Kämmerer Rainer Klingert vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2017 zur Annahme zu empfehlen. Der Plan sieht eine Anhebung der Umlage von 18,0 auf 18,5 Prozent vor. Der Verwaltungshaushalt beläuft sich auf rund 453,1 Millionen Euro, der Vermögenshaushalt auf 12,8 Millionen Euro. Wie Klingert weiter ausführte, schlage auf der Einnahmenseite vor allem die Bezirksumlage mit einem Anteil von 54,5 Prozent zu Buche. Bei den Einnahmen aufgrund des Finanzausgleich-Gesetzes (FAG) mache sich der weit unterdurchschnittliche Anstieg der Umlagekraft in Unterfranken insofern positiv bemerkbar, als die so genannten FAG-Mittel von rund 92 Millionen in diesem Jahr auf 99,8 Millionen im kommenden Jahr steigen. Von den Ausgaben entfallen 412,5 Millionen Euro auf Sozialleistungen. Dies machten 88,5 Prozent der Ausgaben aus.

Als erfreulich wertete Klingert, dass bei den Bezirkskrankenhäusern und -heimen keinerlei Verluste zu erwarten seien, die über den Kameralhaushalt des Bezirks ausgeglichen werden müssten. Im Vermögenshaushalt dominiere der Bau des Zentrums für seelische Gesundheit, dessen Inbetriebnahme für Anfang 2017 geplant sei.

Kritisch merkte Klingert an, dass die Umlagekraftsteigerung nicht ausreiche, um die gegenüber dem Vorjahr stark reduzierte Rücklagen-Entnahme auszugleichen. 2016 habe man noch 11,3 Millionen aus der Rücklage entnehmen können. Im kommenden Jahr ließe sich dies wegen des stark abgeschmolzenen Rücklagenstandes nicht wiederholen. > M.M.